

# Gehst du nicht mit der Zeit, dann gehst du mit der Zeit



Die Präsidentenkonferenz hat zur Fremdspracheninitiative Stimmfreigabe beschlossen. Die Abstimmungsempfehlung macht deutlich: Eine Stimmfreigabe, die der BGV kaum kennt, ist ein möglicher politischer Standort. Dies dürfte umso mehr gelten, als die Parolen ohne gegenseitige Abstimmung auch in den beiden anderen Dachorganisationen der Wirtschaft (Handelskammer und Arbeitgeberverband sowie Hotelleriesuisse Graubünden) gleich gefällt wurden.

Die Empfehlung auf Stimmfreigabe wird jedenfalls derzeit offen oder – wie immer – hinter der Hand bewertet, interpretiert und eingeordnet. Kritik, von wem immer sie auch kommt, hin oder her: Jede Abstimmungsvorlage steht in einem eigenen politischen Umfeld. Das ist nichts Neues und gilt genauso für die Fremdspracheninitiative. Wenn sich die extra einberufene Präsidentenkonferenz zugunsten der Stimmfreigabe ausgesprochen hat, wollte sie sich damit nicht nur mit dem Wortlaut der Initiative auseinandersetzen, sondern die Diskussion um die Initiative in die aktuelle politische Landschaft einordnen.

**Die Stimmfreigabe ist zunächst einmal eine Antwort auf die Schulpolitik des offiziellen Graubünden.** Dort wird seit Jahren in der Fächerwahl Sprachanstatt Schulpolitik gemacht. Und das leider sehr ineffizient. Anders ist nicht zu erklären, weshalb seit 18 Jahren mit mehr oder weniger unbrauchbaren Lehrmitteln in Deutschbünden Italienisch in der Primarschule unterrichtet wird und der Lernerfolg derart gering ist. Diese Entwicklung erinnert stark an die frühere Durchführung des Deutschunterrichts für die Romanisch sprechenden Kinder. (Titel des Lehrmittels: «Deutsch für Ausländer.») Die Stimmfreigabe ist so gesehen eine Absage an die aktuelle Schulpolitik, die allerdings von den Parteien mit einem Nein zur Initiative gestützt wird.

**Die Stimmfreigabe liegt aber auch in den innverbandlichen Strukturen begründet.** Dieser Aspekt ist nicht unwichtig und hat mit Opportunismus schon gar nichts zu tun. Mit der Stimmfreigabe sollen die je nach sprachlicher Herkunft unterschiedlichen Haltungen innerhalb des BGV respektiert werden. Die Empfehlung ist auf Konsensbildung ausgelegt, sehen sich doch v. a. die sprachlichen Minderheiten im Kanton benachteiligt. Dieser Aspekt ist für eine Dachorganisation, die in allen Tälern des Kantons präsent ist, genauso wichtig.

**Die Stimmfreigabe ist schliesslich ein Beitrag dazu, die Proportionen in dieser Debatte richtig einzuordnen.** Eine Stimmfreigabe relativiert eine Diskussion, die sich zu sehr auf das emotionale Ja oder Nein der Anzahl Frühfremdsprachen in der Primarschule reduziert. Sie relativiert die Bedeutung dieser Debatte im Bewusstsein, dass wir auch nach dem 23. September nicht der politischen Aufgabe entbunden sein werden, in Graubünden jenes Fremdsprachenmodell in der Schule zu verwirklichen, das dem Kanton als Ganzes langfristig dient. **Diese Diskussion aufzunehmen, haben leider Regierung und Grosse Rat kläglich verpasst.** Überhaupt beschleicht einem das Gefühl, dass Initiativen, die aus dem Volk entstehen, nicht gewünscht sind. Anders ist die verfehlte Ungültigkeitserklärung der Fremdspracheninitiative nicht zu verstehen. Jedenfalls zu glauben, jenes Modell, für das sich das Bündner Volk am 23. September entscheidet, sei in Stein gemeisselt, dürfte sich als Irrtum erweisen. Auch wenn es uns nicht passt: Die Zeiten ändern schnell und schneller. Denn auch in der Schulpolitik wie anderswo dürfte gelten: Gehst du nicht mit der Zeit, dann gehst du mit der Zeit. Das werden sich unsere Nachfahren bestimmt nicht gefallen lassen. Und unsere Generation sollte helfen, dass wir keine Altlasten produzieren.

Jürg Michel, Direktor



# Fremdspracheninitiative scheidet die Geister

**Die Fremdspracheninitiative will, dass nur noch eine Fremdsprache obligatorisch in der Primarschule unterrichtet wird. Diese ist Deutsch oder Englisch. Die Meinungen waren an der Präsidentenkonferenz unterschiedlich. Schliesslich wurde mit klarem Mehr Stimmgabe beschlossen.**

Mi. Einfach machte es sich der BGV nicht mit der Fremdspracheninitiative. Wohl wird er auch aus vergangenen Abstimmungen gelernt haben. Denn der Kantonalvorstand verzichtete aus eigenen Stücken auf sein Recht, die Parole zu fassen und berief dazu statutenkonform die Präsidentenkonferenz ein. Ein Novum in der jüngeren Geschichte des Verbands. Alle 63 Sektionen hatten somit zusammen mit dem Kantonalvorstand die Möglichkeit, sich zur umstrittenen Initiative zu äussern und die Parole zu empfehlen. Nach einer sehr animierten Podiumsdiskussion unter den Befürwortern und Gegnern zeigte sich schnell, dass die Meinungen nicht unterschiedlicher sein könnten. Trotzdem wollten die Teilnehmer eine Parole fassen und nicht einfach davon absehen. Denn, dass die Vorlage Auswirkungen auf die Wirtschaft in Graubünden haben wird, ist unbestritten. Stimmgabe war schliesslich die logische Folge der Diskussion. Doch eins nach dem anderen.

## Spannendes Podium

In der vom Direktor geleiteten Podiumsdiskussion wurde die Initiative erläutert und die Argumente in einer sachlichen, aber engagierten Diskussion, in der sich die Befürworter Jöri Luzi und Andy Kollegger auf der einen und Christian Kasper und Andreas Thöny auf der anderen Seite nichts schenkten, ausgetauscht. Während die Befürworter vor allem die Interessen der Kinder in den Vordergrund stellten und dafür einstanden, dass die Primarschule nicht zuletzt auch wegen der Migrationsthematik zu sprachlastig sei, appellierten die Gegner an die unterschiedlichen Sprachbedürfnisse und die äusserst schwierige Um-



Der Initiant und drei Grossräte im Streitgespräch v. r.: Jöri Luzi duellierte sich an der Seite von Andy Kollegger (BDP) mit den Gegnern der Initiative Andreas Thöny (SP) und Christian Kasper (FDP). Kasper und Kollegger sind Mitglieder des BGV. Thöny ist wie Luzi Primarlehrer.

setzung im Kanton. Der Initiant, Jöri Luzi, berichtete aus dem Schulalltag, der ihn ab und zu verzweifeln lasse, was – gerade auch mit den neuen Auflagen des Lehrplanes 21 – auf die Kinder zukomme. Er kritisierte den Italienischunterricht auf Primarschulebene heftig. Die Ineffizienz sei angesichts der vielen Anforderungen an die Schule kaum zu ertragen. Andreas Thöny bezweifelte nicht, dass die Kinder lieber Englisch sprechen würden, doch am Ende der Volksschule müssen die Sprachkompetenzen für alle Bündner Schüler gleich sein. Im gedrängten Programm der Oberstufe zu meinen, die Schüler würden dann – wie von den Initianten vorgeschlagen – den Unterricht in Italienisch lieber besuchen als früher in der Primarschule, sei realitätsfremd. Christian Kasper, neben seinen vielen Funktionen auch noch Schulratspräsident seiner Wohngemeinde Luzein, gab unumwunden zu, dass er die Initiative unterzeichnet habe, sich von ihr blenden liess, aber im Verlaufe der Diskussion seine Meinung geändert habe. Mit der Initiative werde der Unterricht nicht besser, aber letztlich sei die Initiative auch nicht umsetzbar

wegen der Sprachenvielfalt in Graubünden. Ein Argument, das Andy Kollegger gar nicht nachvollziehen konnte. Mit der Initiative würden die Sprachkompetenzen in keiner Art und Weise tangiert. Nach dem Austritt aus der Volksschule bleibe alles wie bisher, aber die heutige Sprachlastigkeit, die viele Schüler, vor allem Knaben, entmutige und demotiviere, könnte gelindert und die Mobilität zu den angrenzenden Deutschschweizer Kantonen, die alle Englisch als erste Fremdsprache hätten, verbessert werden.

## Unterschiedliche Meinungen

In der anschliessenden Diskussion in der Präsidentenkonferenz schieden sich die Geister. Deutlich kam zum Vorschein, dass die Romanisch und Italienisch sprechenden Sprachregionen eine Unterstützung der Fremdspracheninitiative nicht verstehen würden, während die anzahlmässig weniger häufigen Voten für die Initiative vor allem darauf ausgerichtet waren zu erklären, dass Englisch eine besondere Bedeutung für die Wirtschaft hat – auch in Graubünden und dass die Initiative für die





Zahlreiche Vertreter aus den Regionen legten ihre nachvollziehbaren Voten ein.



Die Gourmet-Geschenke für die Referenten stammten allesamt aus dem Puschlav.

Arbeitsplatzschaffung gar kein Nachteil wäre. Besonders sympathisch wirkten die beiden Voten aus dem Puschlav. Carlo Vassella und Andrea Gervasi machten in gutem Bündner Dialekt keinen Hehl daraus, sie würden schon verstehen, dass die Kinder

lieber Englisch lernen würden und auch den Druck, den die Wirtschaft in Deutschbünden für Englisch spüre, sei nicht einfach zu negieren. Doch bei allem Verständnis müsse man doch auch anerkennen, dass gerade Kinder aus dem italienisch-

sprachigen Teil Graubündens mit der Initiative stark benachteiligt würden. Und es sei nun einmal eine Tatsache, dass diese Benachteiligung wegen der peripheren Lage auch in vielen anderen Bereichen schon vorkomme. Zudem hätte Italienisch in der Primarschule auch Vorteile. Gerade jene Jugendlichen, die Mühe hätten, dem Unterricht zu folgen und in der Lehre dann oft in der Baubranche oder in der Gastronomie zu finden seien, würden davon profitieren, italienisch zu sprechen, treffen sie doch in den erlernten Berufen auf viele Mitarbeiter, die diese Sprache beherrschten.

**«Wir müssen ehrlich genug sein, um zu sagen, dass wir uns nicht einig sind.»**

#### **Antrag aus dem Ausschuss**

Aus der Mitte des Ausschusses machten sich schliesslich die beiden Grossräte Angela Casanova und Jan Koch für eine Stimmfreigabe stark. Sie hatten im Grossen Rat unterschiedlich gestimmt, gaben aber zu bedenken, dass ein Verband mit seiner Abstimmungsempfehlung eine andere Aufgabe habe. Man müsse einerseits ehrlich genug sein, um zu sagen, dass wir uns in dieser Frage nicht einig seien. Andererseits dürfe man auch feststellen, dass Regierung und Grosser Rat viel Energie für einen unnützen Rechtsstreit wegen der Gültigkeit der Initiative aufgewendet hätten, der schliesslich vor Bundesgericht entschieden werden musste. Gleichzeitig habe man es aber verpasst, die Initiative zum Anlass zu nehmen, mit den involvierten Kreisen an einen Tisch zu sitzen, um eine bessere Lösung als die nun zu Verfügung stehenden Alternativen Ja oder Nein zu gestalten.

#### **Versöhnlicher Abschluss**

Mit klarer Mehrheit entschied die Präsidentenkonferenz Stimmfreigabe. BGV-Präsident Herbert Stieger hatte seine Feuertaufe mit einer emotionalen Runde als Vorsitzender der Präsidentenkonferenz glänzend überstanden. Dass ihm die Art der freien und offenen Diskussion sichtlich Spass machte, merkte man ihm auch am anschliessenden Apéro riche im stilvollen Museumscafé an. Er und die Teilnehmer genossen den versöhnlichen Abschluss im Garten des Kunstmuseums.

